

NIEDERSCHRIFT

über die Öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung der

Universitätsstadt Marburg

der Universitätsstadt Marburg am Freitag, 17.12.2004, 17:00 Uhr

35037 Marburg, Sitzungssaal Barfüßerstr. 50

Anwesend sind:

Frau Stadträtin Dr. Amend-Wegmann,
Christine B 90 / Die
Grünen
Herr Stadtrat Biver, Nico PDS/ML - e -
Frau Stadträtin Dinnebier, Käte SPD
Herr Oberbürgermeister Möller, Dietrich
CDU
Herr Stadtrat Reinhard, Friedrich CDU
Frau Stadträtin Schultheiß, Gisela CDU
Frau Stadträtin Sewering-Wollanek, Dr.
Marlis SPD
Herr Stadtrat Sprywald, Klaus SPD
Herr Stadtrat Wehrum, Heinz BfM
Herr Bürgermeister Vaupel, Egon SPD
Herr Aab, Peter SPD
Herr Acker, Matthias SPD
Herr Becker, Reinhold SPD
Frau Brahms, Karin SPD
Herr Chatzievgeniou, Pandelis SPD
Frau Daser, Dagmar SPD
Herr Hussein, Schaker SPD
Herr Kemmler, Jan SPD
Frau Lotz-Halilovic, Erika SPD
Herr Stadtverordnetenvorsteher Löwer,
Heinrich SPD
Herr Meyer, Uwe SPD
Herr Dr. Musket, Ralf SPD
Frau Schlüter-Böhm, Julia SPD
Frau Schröter, Roxane SPD
Frau Schulze-Stampe, Ursula SPD
Frau Seelig, Johanna SPD
Frau Sell, Sonja SPD
Herr Severin, Ulrich SPD
Frau Dr. Weinbach, Kerstin SPD
Frau Wölk, Marianne SPD
Frau Dersch, Christine CDU
Frau Gottschlich, Hannelore CDU
Herr Heck, Hermann CDU
Herr Heubel, Christian CDU
Frau Kaufmann, Anita CDU - e -
Herr Kissel, Winfried CDU
Herr Lohse, Ingo CDU
Frau Mehnert, Ute CDU
Frau Oppermann, Anne CDU

Frau Dr. Pötter, Claudia	CDU
Herr Rehlich, Jürgen	CDU
Frau Rising Hintz, Gunilla	CDU
Frau Röhrkohl, Anni	CDU
Frau Schaffner, Karin	CDU
Herr Scherer, August	CDU
Herr Usinger, Alexander	CDU
Herr Dr. Wulff, Reimer	CDU
Frau Dr. Baumann, Petra	B 90 / Die
Grünen	
Herr Flohrschütz, Rainer	B 90/Die
Grünen	
Herr Göttling, Dietmar	B 90 / Die
Grünen	
Herr Keller, Manfred	B 90 / Die
Grünen	
Frau Lakner, Anna Katharina	B 90 / Die
Grünen	
Frau Laßmann, Alev	B 90 / Die
Grünen	
Herr Markus, Jürgen	B 90 / Die
Grünen	
Frau Neuwohner, Elke	B 90 / Die
Grünen	
Frau Perabo, Dr. Christa	B 90 / Die
Grünen	
Herr Schäfer, Wolfram	B 90 / Die
Grünen	
Frau Gottschaldt, Eva Christiane	PDS/ML
Frau Kolter, Astrid	PDS/ML
Herr Köster-Sollwedel, Henning	PDS/ML
Herr Metz, Peter	PDS/ML
Herr Faecks, Fridhelm	BfM
Herr Schwindack, Frédéric	BfM
Herr Zaun, Herbert	BfM
Herr Röllmann, Jan-Bernd	FDP
Frau Schwebel, Gerlinde	FDP
Herr Wüst, Wilfried	FDP
Herr Dr. Huesmann, Gregor	MBL
Herr Ludwig, Heinz	MBL

Entschuldigt fehlen:

Schrifführer: Oberamtsrat Wagner

Protokoll:

zu 1 Eröffnung und Begrüßung der Anwesenden

Der Stadtverordnetenvorsteher Heinrich Löwer, SPD-Fraktion, eröffnet die Sitzung um 17:09 Uhr und begrüßt alle Anwesenden.

Die form- und fristgerechte Ladung für die heutige Sitzung wird festgestellt. Das Haus ist beschlussfähig. Gegen diese Feststellungen wird aus der Stadtverordnetenversammlung kein Einwand vorgetragen.

Der Stadtverordnetenvorsteher gratuliert dem Stadtverordneten Alexander Usinger, CDU-Fraktion, zur kürzlich erfolgten Eheschließung und wünscht im Namen des gesamten Hauses alles Gute.

Die Stadtverordnete Gottschlich, CDU-Fraktion, hat heute Geburtstag. Stadtverordnetenvorsteher und Oberbürgermeister gratulieren mit einem Blumenstrauß.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

Die Niederschrift über die öffentliche Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 26. November 2004 ist allen Stadtverordneten mit der Einladung zur heutigen Sitzung zugegangen.

Die Niederschrift wird in der ausgedruckten Fassung genehmigt.

zu 3 Ergänzungen der Tagesordnung

Dem Stadtverordnetenvorsteher liegen 4 Dringlichkeitsanträge vor. Die Anträge wurden im Hause verteilt.

1. Antrag aller Fraktionen und des Magistrats betrifft Neustrukturierung der Klinika Marburg und Gießen nach Planung der Hessischen Landesregierung, Vorlage VO/0890/2004.

Der Ältestenrat hat sich in seiner gestrigen Sitzung dahingehend geeinigt, den Antrag in die Tagesordnung aufzunehmen und vor der Fragestunde zu behandeln. Der Stadtverordnetenvorsteher und die Vertreter der Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung werden an der Kundgebung in dieser Angelegenheit in der Universitätsstadt Marburg teilnehmen und das Votum der Stadtverordnetenversammlung bekannt geben. Der Antrag der wird als Tagesordnungspunkt 3.1 in die Tagesordnung aufgenommen und behandelt. Die Vorlage liegt dieser Niederschrift als Anlage bei.

Gegen dieser Verfahren wird aus dem Hause nicht gesprochen. Es gilt somit als vereinbart.

2. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betrifft Kinderbetreuung Vorlage VO/0906/2004

Die Stadtverordnete Dersch, CDU-Fraktion, begründet die Dringlichkeit der Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht Stadtrat Dr. Kahle. Gegen die Dringlichkeit spricht der Stadtverordnete Severin, SPD-Fraktion. In der anschließenden Abstimmung unterstützen nur die Stadtverordneten der CDU, FDP, BfM und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit nach der HGO nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

3. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betrifft Parkplätze Vorlage VO/0907/2004

Die Dringlichkeit der Vorlage wird begründet durch die Stadtverordnete Rising-Hintz, CDU-Fraktion. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Die Stadtverordnete Dr. Weinbach, SPD-Fraktion, spricht gegen die Dringlichkeit. In der anschließenden Abstimmung unterstützen die Stadtverordneten der CDU, BfM, FDP und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

4. Dringlichkeitsantrag der CDU-Fraktion betrifft Parkplätze der Universität Vorlage VO/0908/2004

Stadtverordnete Rising-Hintz begründet die Dringlichkeit der Vorlage zusätzlich mündlich. Für den Magistrat spricht der Oberbürgermeister. Die Stadtverordnete Dr. Weinbach, SPD-Fraktion, spricht gegen die Dringlichkeit. In der anschließenden Abstimmung unterstützen nur die Stadtverordneten der CDU, BfM, FDP und MBL die Dringlichkeit. Damit ist die 2/3 Mehrheit nach der HGO nicht erreicht. Die Vorlage kann nicht in die Tagesordnung aufgenommen werden.

Anschließend gibt der Stadtverordnetenvorsteher die von den Ausschüssen empfohlenen Veränderungen der Tagesordnung und die angemeldeten Aussprachen bekannt. Zum Tagesordnungspunkt 16.6 Antrag der FDP-Fraktion betrifft Straßenkarneval am Rosenmontag stellt der Stadtverordnete Wüst den Geschäftsordnungsantrag, die Vorlage heute abzustimmen.

Der Antrag wurde wunschgemäß dem Umweltausschuss, Schul- und Kulturausschuss und Haupt- und Finanzausschuss zur Beratung zugewiesen. Der Umweltausschuss hat die Vorlage zur Ablehnung empfohlen, der Schul- und Kulturausschuss hat in diesem Monat nicht getagt und der Haupt- und Finanzausschuss hat den Antrag zurückgestellt, da zunächst das Votum des Schul- und Kulturausschusses einzuholen ist.

Der Stadtverordnetenvorsteher lässt über den Geschäftsordnungsantrag des Stadtverordneten Wüst auf Behandlung des Antrages abstimmen. Für die Behandlung der Vorlage sprechen sich die Fraktionen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, BfM, FDP und MBL aus.

Somit wird der Tagesordnungspunkt 16.6 aufgerufen und zur Abstimmung gestellt.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden aus den Reihen der

Stadtverordneten nicht vorgetragen. Die Tagesordnung gilt in dieser abgeänderten Fassung als genehmigt.

zu **3.1** **Antrag aller Fraktionen und Magistrat betr. Neustrukturierung der Klinika Marburg und Gießen nach Planung der Hessischen Landesregierung**
Vorlage: VO/0890/2004

Die Stadtverordnetenversammlung fasst einstimmig folgenden Beschluss:

Die Stadtverordnetenversammlung und der Magistrat der Universitätsstadt Marburg nehmen mit wachsender Sorge zur Kenntnis, dass bei der von der Hessischen Landesregierung geplanten Neustrukturierung der Klinika der Philipps- und der Justus-Liebig-Universität in Gießen zunehmend einseitige, emotional gefärbte Beiträge laut werden. Diese Tendenzen sind der notwendig gemeinsamen und solidarischen Entwicklung der Region Mittelhessen abträglich.

Die Körperschaften der Universitätsstadt Marburg appellieren an

1. die verantwortlichen Kräfte in Gießen, bei Wahrung berechtigter lokaler Interessen weiterhin auf dem Boden der Sachlichkeit zu argumentieren,
2. die Verantwortlichen im Klinikum der Philipps-Universität, mit Entschlossenheit und Sachbezogenheit ein Kooperationsmodell zu vertreten, welches die beiden traditionsreichen Klinika Marburg und Gießen funktionell im Kern erhält, den Krankenversorgungsauftrag gegenüber der Bevölkerung auf hohem Niveau sicherstellt und in besonderem Maße die Erfüllung des gesetzlichen Auftrags zu Forschung und Lehre nach globalen Maximalstandards nachhaltig gewährleistet.
3. Nicht zuletzt richtet sich der Appell an die Hessische Landesregierung, nachdem der für beide Universitäts-Klinika und deren weitgestreckten Einzugsgebiete mehr als 1-jährige schädliche Schwebezustand durch eine Grundentscheidung zur Zusammenfassung beendet ist, diese Entscheidung im Sinne einer zwingend notwendigen Stärkung der Region Mittelhessen zu konkretisieren mit dem Ziel der Beibehaltung bewährter klinischer Versorgungsstrukturen und vor allem der vorbehaltlosen Förderung der Forschung in Mittelhessen ggf. auch zu Lasten des südhessischen Bereichs. Die Übertragung des Gießener Klinikums, jetzt beider Klinika, an einen echt privatrechtlich organisierten, ausschließlich an Gewinnmaximierung orientierten Rechtsträger kann auf lange Sicht keine tragfähige Lösung sein. Medizinische Forschung ist unteilbar. Ihre kurzfristige Rentierlichkeit ist auch bei größter Finanznot des Landes kein tauglicher Maßstab.

zu **4** **Fragestunde**

zu **4.1** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Sonja Sell (Nr. 1 12/04)**
Vorlage: VO/0892/2004

Da die Fragestellerin zur Zeit noch nicht anwesend ist, wird die Kleine Anfrage schriftlich mit dem Protokoll beantwortet.

Stellungnahme:

Bei der Zusammensetzung einer Jury kommt es auf fachliche und institutionelle Ausgewogenheit an. Dementsprechend wurde auch bei der Auswahl der MarBID-Jurymitglieder verfahren. Dass dabei nur männliche Mitglieder benannt wurden ist zweifelsohne ein bedauerliches, aber sich aus der Situation heraus ergebendes Resultat. Soweit eine geeignete Fachfrau benannt werden kann, könnte sie ggf. in diesem Gremium mitarbeiten.

Zuständiger Dezernent Oberbürgermeister Möller.

zu **4.2** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 2 12/04)**
Vorlage: VO/0893/2004

Es antwortet Bürgermeister Vaupel:

Einige Marburger Schulen verfügen über Schulgärten (so z.B. die Theodor-Heuss-Schule, die Waldschule Wehrda oder die Käthe-Kollwitz-Schule). In diesen Schulgärten werden sicherlich auch Gemüse und Kräuter angepflanzt.

Um 17:49 Uhr übernimmt die stellvertretende Stadtverordnetenvorsteherin Schulze-Stampe, SPD-Fraktion, die Sitzungsleitung.

zu **4.3** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Manfred Keller (Nr. 3 12/04)**
Vorlage: VO/0894/2004

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Vorstand der Sparkasse Marburg – Biedenkopf hat die Frage wie folgt beantwortet:

Der Umbau der Geschäftsstelle Bahnhofstraße 1 geschah – wie in der Presse dargestellt – wegen der Zusammenlegung mit der Geschäftsstelle Bahnhofstraße 27. Letztere wird als Automatengeschäftsstelle fortgeführt. Die Zusammenlegung ermöglicht eine wesentlich bessere Beratung und Betreuung unserer Kunden in Bezug auf Diskretion und Qualität.

Da sich aus der Zusammenlegung ein deutlicher Kosteneinspareffekt ergibt, amortisieren sich die Investitionskosten in kurzer Zeit.

Damit profitieren sowohl die Kunden als auch die Sparkasse von dieser Neugestaltung.

zu **4.4** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wilfried Wüst (Nr. 4 12/04)**
Vorlage: VO/0895/2004

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Beim letzten Hochwasser mussten dreizehn Fahrzeuge, deren Fahrer/-innen von uns kurzfristig nicht ermittelt werden konnten, von den Parkplätzen "Lahnufer"

abgeschleppt werden.

Der Mehraufwand im Rahmen der Abschleppkosten beträgt 25,00 Euro und beruht darauf, dass die Fahrzeuge aus stehendem Wasser geborgen werden müssen.

zu **4.5** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Wilfried Wüst (Nr. 5 12/04)**
Vorlage: VO/0896/2004

Es antwortet der Bürgermeister:

Das Gespräch hatte das Ergebnis, dass die Vertreter der Universitätsverwaltung mit den in der Wilhelm-Roser-Straße ansässigen Instituten erörtern werden, wie viele Stellplätze dauerhaft zur Verfügung gestellt werden können und welches Stellplatzkontingent abends, nachts und an den Wochenenden bereitgestellt werden könnte. Im Anschluss an dieses Gespräch mit den Instituten werden Universitäts- und Stadtverwaltung ein Bewirtschaftungskonzept ausarbeiten.

zu **4.6** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Karin Brahms (Nr. 6 12/04)**
Vorlage: VO/0897/2004

Es antwortet der Bürgermeister:

Die vom Kindermuseum Hamburg initiierte Mitmach-Ausstellung „So bin ich!“ richtete sich mit dem Schwerpunktthema „Körpererfahrung, Gesundheit und Selbstbewußtsein“ an Kinder im Alter von 4 - 12 Jahren und wurde vom 15. - 28. November 2004 im Bürgerhaus Wehrda mit sehr großem Erfolg gezeigt. Die Organisation und Betreuung der Ausstellung lag beim Fachdienst Kultur. An den Wochentagen konnten sich Kindergärten und Schulgruppen zum Besuch anmelden, die Sonntage blieben für Familien und Einzelpersonen frei. Mit knapp 1000 Besuchern im oben genannten Zeitraum war die Ausstellung mehr als ausgebucht. Kindergärten, Schulklassen und Besuchergruppen kamen nicht nur aus der Kernstadt und den Marburger Stadtteilen, sondern auch aus Goßfelden, Schönstadt, Stadtallendorf und Homberg ins Bürgerhaus Wehrda. Ein Blick in das Gästebuch besagt, dass besonders die kleinen Besucher den Mitmachcharakter lobten und Erzieherinnen Ideen zur Umsetzung im eigenen Kindergarten mitnehmen konnten.

zu **4.7** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Aab (Nr. 7 12/04)**
Vorlage: VO/0898/2004

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Stadt Marburg hatte nach erfolglosen Widersprüchen zwei verwaltungsgerichtliche Klageverfahren gegen die KIV Hessen und das Land Hessen angestrengt.

1. In dem ersten Verfahren ging es um die Erhebung einer Verbandsumlage durch die KIV zu einem Zeitpunkt, als das seinerzeitige DV-

Verbundgesetz eine solche Umlage für die Gebietsrechenzentren noch ausdrücklich ausschloss. Das Verwaltungsgericht Gießen hatte hierzu im Dezember 2003 geurteilt, dass die von der KIV ausgestellten „Rechnungen“ verfahrensrechtlich nichtig seien, dass diese aber gleichwohl durch korrekte Bescheide im Sinne von Verwaltungsakten nachgebessert werden könnten. Dieser Mangel wurde zwischenzeitlich durch die KIV durch formal nicht angreifbare Umlagebescheide geheilt.

2. In einem zweiten Verfahren hatte die Stadt Marburg gegen die Versagung der Genehmigung der von der Stadt erklärten Kündigung durch das Regierungspräsidium Gießen geklagt. Diese Klage wurde vom Verwaltungsgericht Gießen im September d.J. abgewiesen. Das Verwaltungsgericht hat dabei in seiner Begründung im wesentlichen den Standpunkt vertreten, dass die Gesamtinteressen des Verbandes insgesamt höher zu bewerten seien als die Einzelinteressen der Stadt Marburg.

Der Magistrat hat nach reiflicher formeller und materieller Würdigung der ergangenen Entscheidungen und deren jeweiliger Begründung auf eine Berufung vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel verzichtet. Insofern besteht auch weiterhin die Verpflichtung der Stadt Marburg als Mitglied der KIV Hessen, die von der Verbandsversammlung beschlossene Umlage in der vom Fragesteller genannten Größenordnung zu zahlen.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Aab, SPD-Fraktion, wird ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.8** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Anna Katharina Lakner (Nr. 8 12/04)**
Vorlage: VO/0899/2004

Es antwortet der Bürgermeister:

Der Mühlgrabenabschnitt zwischen Pfaffenwehr und Weidenhäuser Brücke ist im unteren Abschnitt ab dem Lahn-Center verrohrt. Die Verrohrung verläuft über das Grundstück des ehemaligen Luisabades. Im Zuge der Neubauung mit einem Dienstleistungszentrum muss die Verrohrung verlegt werden. Dabei wird der oben beschriebene Abschnitt als stehendes Gewässer ohne Durchfluss betrieben. Dies ist seit dem 28. November der Fall. Die Bauarbeiten werden spätestens am 19. Dezember abgeschlossen sein.

Zur Umstellung des Mühlgrabens musste das gesamte innerstädtische Mühlgrabensystem kurzfristig fast vollständig abgelassen werden. Dieser Umstand wurde genutzt um notwendige Reinigungsarbeiten durchzuführen.

Die Wasserbehörde und Anlieger, die den Mühlgraben nutzen, wurden im Vorfeld informiert.

zu **4.9** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 9 12/04)**
Vorlage: VO/0900/2004

Es antwortet der Bürgermeister:

Seitens FD 66 wird eine Überprüfung der vorhandenen Straßennamensschilder in der Feldbergstraße, Vogelsbergstraße und der Rimbergstraße erfolgen.

In Abstimmung mit FD 61.1 Stadtplanung werden unter den vorhandenen Straßennamensschildern Hausnummern-Hinweisschilder angebracht.

zu **4.10** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gerlinde Schwebel (Nr. 10 12/04)**
Vorlage: VO/0901/2004

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Unter Beteiligung vom FD Tiefbau, FD Stadtplanung, der MTM und der Straßenverkehrsbehörde fanden im Februar/März d. J. Begehungen innerhalb des Stadtgebietes statt. Als Ergebnis können drei potentielle Standorte festgehalten werden:

- Bushaltestelle Erlenring/Mensaseite
- Jugendherberge/Trojedamm
- Oberstadtparkhaus/Eingangsbereich Oberstadt

Die Installation, die Betreuung und die Instandhaltung der Informationskästen und -vitrinen obliegt dem FD Tiefbau. Die ermittelten Kosten belaufen sich auf ca. 3.500 € je Standort. Zur Finanzierung müssten entweder Eigenmittel herangezogen oder mittels Werbepartner aufgebracht werden. Hierzu hat es bereits erste Kontakte gegeben.

Zusatzfragen der Stadtverordneten Schwebel, FDP-Fraktion, und Köster, PDS/ML-Fraktion, werden ebenfalls durch den Oberbürgermeister beantwortet.

zu **4.11** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Ulrich Severin (Nr. 11 12/04)**
Vorlage: VO/0911/2004

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Noch bis zum 31.12.2004 gibt es im Bereich des Hauptamtes Marburg und der Geschäftsstelle Stadtallendorf der Agentur für Arbeit Marburg insgesamt 80 abH-Plätze. Davon befinden sich 68 in Trägerschaft des Vereines „ Arbeit & Bildung „ und 12 Plätze in Trägerschaft des Caritas-Verbandes (diese werden über das St.Martin-Haus angeboten).

Weder die veränderte Gesetzeslage noch die neue Ausschreibungspraxis der Agentur hatten und haben erst einmal Auswirkungen auf den Bereich abH. Vielmehr hatte die Agentur bereits im Frühjahr dieses Jahres im Zuge ihrer verstärkten Bemühungen um die Gewinnung weiterer Ausbildungsplätze einen starken Anstieg von abH-Plätzen eingeplant, um mit diesem Angebot Betriebe auch zur Einstellung junger Menschen bewegen zu können, die wahrscheinlich zusätzliche Unterstützungsbedarfe aufweisen werden.

Insofern wurden für den o.g. örtlichen Zuständigkeitsbereich im Sommer insgesamt 190 abH-Plätze in mehreren Losen ausgeschrieben.“ Arbeit & Bildung „ hatte sich auf sämtliche Lose beworben und bekam dann auch den Zuschlag für

alle Plätze.

Mit der Besetzung dieser neuen und zusätzlichen Plätze ist in den letzten Wochen bereits nach und nach begonnen worden. Die Verträge über diese Plätze laufen bis Juli 2005. Eine Vorausschau über diesen Zeitpunkt hinaus ist z.Z. nicht möglich.

Eine Zusatzfrage des Stadtverordneten Severin, SPD-Fraktion, wird ebenfalls durch Stadtrat Dr. Kahle beantwortet.

zu **4.12** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising Hintz (Nr. 12 12/04)**
Vorlage: VO/0902/2004

Es antwortet der Bürgermeister:

Ziel des Ausbaus des Kulturzentrums Marburg-Nord, von den Betreibern auch G-Werk genannt, ist die Unterbringung von Café Trauma und Medienwerkstatt Abraxas. Solange der Gaswerkturn in den drei oberen Etagen noch nicht ausgebaut ist, muss für die Medienwerkstatt Abraxas eine Übergangslösung gefunden werden. Dies soll durch Container an der südwestlichen Grundstücksgrenze geschehen, was zusätzlich einen Schallschutzeffekt gegenüber den beiden Bewohnern des Hauses Afföllerwiesen 1 hat.

Wie die zwei schon ansässigen Kulturträger im ehemaligen Gaswerk, das Theater German Stage Service und der Marburger MusikerInnenverein e. V., wird das Café Trauma keine Mietkosten tragen. Mit Café Trauma und Medienwerkstatt Abraxas wurde vereinbart, dass sie sich im G-Werk mit dem Betrag einbringen müssen, den sie am jetzigen Standort in der Robert-Koch-Straße für Miete und Betriebskosten zahlen. Das Café Trauma hat sich verpflichtet, zu den eigenen Betriebskosten auch die Miete der Container für die Medienwerkstatt Abraxas zu übernehmen. Die Container werden von dem Café Trauma selbst angemietet, die Betriebskosten werden von der Medienwerkstatt Abraxas übernommen.

Für die Stadt Marburg entstehen durch die Container also keine Zusatzkosten.

zu **4.13** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Gunilla Rising Hintz (Nr. 13 12/04)**
Vorlage: VO/0910/2004

Es antwortet der Bürgermeister:

Nach Auskunft des Liegenschaftsamtes der Universität und des städtischen Fachdienstes 62 werden die Räumlichkeiten derzeit noch für universitäre Veranstaltungen benötigt. Verhandlungen mit dem Land Hessen hätten ergeben, dass das Land längerfristig nicht bereit ist, das Gebäude zu verkaufen, da über eine anderweitige Nutzung nachgedacht wird, zumal an der Universität diverse Veränderungen anstehen (Privatisierung der Klinik etc.).

zu **4.14** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 14 12/04)**
Vorlage: VO/0913/2004

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Ob mit einem Anwachsen des LKW-Verkehrs auf der B 3 als Folge der Einführung der LKW-Maut zu rechnen ist, kann zur Zeit nicht prognostiziert werden, ist aber wahrscheinlich.

Um dies jedoch zu verhindern, habe ich im Oktober 2001 den Deutschen Städtetag gebeten, die B 3 und die B 252 in die Maut mit einzubeziehen. Zusätzlich habe ich die damaligen Bundestagsabgeordneten gebeten, die Bundesvereinigung der kommunalen Spitzenverbände dabei zu unterstützen, eine Ausweitung der LKW-Maut auch auf das nachgeordnete Straßennetz zwecks Vermeidung von Verlagerungen zu erreichen.

zu **4.15** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Dr. Claudia Pötter (Nr. 15 12/04)**
Vorlage: VO/0903/2004

Es antwortet der Bürgermeister:

Die Beleuchtungssituation in der Treppenanlage wurde durch die Stadtwerke Marburg GmbH geprüft. Die Treppe wird derzeit mit einer Straßenleuchte nur unzureichend ausgeleuchtet. Benötigt werden jedoch mindestens 2 Straßenlampen. Es wird vorgeschlagen, entweder die vorhandene Leuchte durch 2 neue Lampen zu ergänzen oder die Leuchte umzusetzen und eine zusätzliche Leuchte zu errichten. Die Kosten betragen je nach Variante 2.800,00 bis 3.500,00 €.

Da die Treppe viel begangen wird und eine nicht unerhebliche Abkürzung für die Anlieger bedeutet, sollte die Beleuchtungsergänzung in das Jahresprogramm 2005 der Stadtwerke Marburg GmbH aufgenommen werden.

Da die Treppe eine reine Fußwegverbindung ohne ausschließliche Erschließungsfunktion für Anliegergrundstücke ist, entfällt eine Beitragserhebung im jedem Fall.

zu **4.16** **Kleine Anfrage der Stadtverordneten Astrid Kolter (Nr. 16 12/04)**
Vorlage: VO/0904/2004

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Die Machbarkeitsstudie ist der Konkretisierungsschritt um den rahmenplanerischen Zielsetzungen des stadträumlichen Strukturkonzeptes zur „Weiterentwicklung südöstlich des zentralen Kernbereiches“ (Bauzone und Erschließung über die Friedrich-Ebert-Straße mit Neuordnung des Ladenzentrums) zu entsprechen. Dieser Schritt ist vom stadträumlichen Strukturkonzept vorgeschlagen worden.

Zur Zeit wird der abgestimmte Entwurf der interessierten Öffentlichkeit sowie unterschiedlichen Projektbeteiligten (z. B. „Soziale Stadt“) vorgestellt und diskutiert. Danach soll die Machbarkeitsstudie in den politischen Geschäftsgang eingebracht werden.

zu **4.17** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 17 12/04)**
Vorlage: VO/0912/2004

Es antwortet Stadtrat Dr. Kahle:

Die städtischen Einrichtungen (Kindertagesstätten, Stiftung St. Jakob, ...) wurden in einem Schreiben von dem Beschluss informiert. Rückmeldungen über Schwierigkeiten liegen bisher nicht vor.

In einem aktuellen Schreiben werden nunmehr alle Betriebe und Einrichtungen der Stadt aufgefordert eine Rückmeldung über die Auswirkungen (ausgelistete Produkte) sowie eine Erklärung der jeweiligen Lieferanten vorzulegen.

zu **4.18** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Peter Metz (Nr. 18 12/04)**
Vorlage: VO/0905/2004

Es antwortet der Bürgermeister:

Für den Bereich östlich der B 3a sind vom Baulastträger, dem Amt für Straßen- und Verkehrswesen Marburg, keine aktiven Lärmschutzmaßnahmen im Sinne von Lärmschutzwänden geplant, da diese, im Gegensatz zum Bereich westlich der B 3a, wegen der erhöhten Lage, keine ausreichende Wirkung erzielen würden.

Das ASV Marburg fördert jedoch auf Antrag im Einzelfall den Einbau von Lärmschutzfenstern (nach Messungen/Berechnungen über die Lärmbelastung durch die B 3a).

Daneben fördert die Stadt Marburg den Einbau von Lärmschutzfenstern an Hauptverkehrsstraßen, die in der Baulast der Stadt liegen, mit Zuschüssen von 30 bzw. 40 % der Kosten.

Die Liste der Straßen ist beigelegt. Hier stehen jährlich 12.500 Euro zur Verfügung.

Seit Auflegung des Programms durch den Magistrat im Jahr 1986 wurde der Einbau von Lärmschutzfenstern in rund 140 Wohnungen allein für den Bereich östlich der B 3a in folgenden Straßen gefördert: An der Zahlbach, Cappeler Str., Frauenbergstr., Georg-Voigt-Str., Großseelheimer Str., Rudolf-Bultmann-Str., Schützenstr., Weintrautstr., Neue Kasseler Str., Zeppelinstr.

Ein über den Bau von Lärmschutzwänden und die Förderung von Lärmschutzfenstern hinausgehender Lärmschutz gegenüber der B 3 und der Bahnstrecke kann nur in einer Geschwindigkeitsregelung für die B 3 erfolgen. Im Zusammenhang mit einem möglichen Bahnhofspunkt Marburg-Mitte wurden bisher nur Kosten-/Nutzenaspekte in Erwägung gezogen. Das Thema Lärmschutz spielte in dem Zusammenhang bisher keine Rolle.

zu **4.19** **Kleine Anfrage des Stadtverordneten Fridhelm Faecks (Nr. 19 12/04)**

Vorlage: VO/0914/2004

Es antwortet der Oberbürgermeister:

Der Fahrverkehr aus der Straße „Am Grün“ und der Verkehr auf der Universitätsstraße sind sogenannte „feindliche“ Verkehrsströme. Ein „feindliches Grün“ ist aber im lichtsignaltechnischen Ablauf einer Ampelanlage nicht möglich. Die Lichtsignale würden sofort ausfallen bzw. erst gar nicht in Betrieb gehen. Im vorliegenden Fall beträgt unter Berücksichtigung der Rot/Gelb- und Gelbzeit die Zwischenzeit von Grünende für den aus der Straße „Am Grün“ ausfließenden Verkehr bis zum Grünanfang für den Fahrverkehr auf der Universitätsstraße 7 Sekunden.

Der Eindruck, dass beide Fahrverkehre gleichzeitig Grün haben entsteht dadurch, dass bei Rückstau von der Signalanlage vor der Weidenhäuser Brücke Fahrzeuge aus dem Grün an dem Signalgeber vorbei in die Kreuzung einfahren, noch in der Straße Am Grün verkehrsbedingt anhalten müssen und dann bei der Grünphase für die Universitätsstraße versuchen weiterzufahren. Dies kann, wie auch an anderen Lichtsignalanlagen, nicht völlig ausgeschlossen werden. Unfälle aus diesem Grund sind bei der Polizei nicht registriert.

Bei einem täglichen Verkehrsaufkommen von über 40.000 Fahrzeugen am Rudolphsplatz sind die Kapazitäten an dieser Anlage ausgelastet und die Schaltung ist so optimiert, dass eine Änderung der Schaltung nicht möglich ist.

- zu 5 **Investitionsprogramm der Universitätsstadt Marburg für die Haushaltsjahre 2004 bis 2008, Haushaltssatzung und Stellenplan der Universitätsstadt Marburg für das Haushaltsjahr 2005 - 2. Lesung und Beschlussfassung - Vorlage: VO/0850/2004**

- zu 6 **Feststellung des Jahresabschlusses der Stiftung St. Jakob zum 31.12.2003 Vorlage: VO/0848/2004**

- zu 7 **Wirtschaftsplan 2005 der Marburger Altenhilfe St. Jakob gGmbH und der Marburger Service GmbH Vorlage: VO/0854/2004**

- zu 8 **Wirtschaftsplan 2005 der Stiftung St. Jakob Vorlage: VO/0875/2004**

- zu 9 **Zentrum für Soziale Psychiatrie Mittlere Lahn (ZSP)
Hier: Wahl eines Forensikbeirates
Vorlage: VO/0766/2004**

- zu 10 **Übernahme des Friedhofes in Michelbach durch die Stadt Marburg**
Vorlage: VO/0828/2004
- zu 11 **Marburger Ortsrecht**
Hier: VI. Nachtrag zur Friedhofssatzung sowie Neufassung der
Friedhofsgebührenordnung der Universitätsstadt Marburg
Vorlage: VO/0846/2004
- zu 12 **Aufnahme eines Kredites für den Jahresabschluss 2004 durch Umbuchung
von Kassenkrediten**
Vorlage: VO/0851/2004
- zu 13 **Erfahrungsbericht über die neue Entgeltordnung vom 01.07.2004**
Vorlage: VO/0773/2004
- zu 14 **Anträge des Kinder- und Jugendparlaments**
- zu 14.1 **Antrag des KiJuPa betr. Einbahnstraße 'Zwischenhausen'**
Vorlage: VO/0813/2004
- zu 14.2 **Antrag des KiJuPa betr. Dusch- und Fußbecken für das AquaMar**
Vorlage: VO/0814/2004
- zu 15 **Dringlichkeitsanträge**
- zu 16 **Anträge der Fraktionen**
- zu 16.1 **Antrag der CDU-Fraktion betr. Bombensuche auf den Lahnbergen und
Information der Bevölkerung**
Vorlage: VO/0845/2004
- zu 16.2 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Erhalt des Collegium
Gentium**
Vorlage: VO/0862/2004

- zu 16.3 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen-Fraktionen betr. Spielstraße im Ginseldorferweg 6 - 24**
Vorlage: VO/0863/2004
- zu 16.4 **Antrag der SPD und B90/Die Grünen- Fraktionen betr. Beleuchtung des Fußweges zwischen der St. Martin Straße und dem Waidmannsweg**
Vorlage: VO/0864/2004
- zu 16.5 **Antrag der Fraktion PDS/ML betr. Richtlinien zum Marburger Stadtpass**
Vorlage: VO/0865/2004
- zu 16.6 **Antrag der FDP-Fraktion betr. Straßenkarneval am Rosenmontag**
Vorlage: VO/0869/2004
- zu 17 **Kenntnisnahmen**
- zu 17.1 **Überplanmäßige Ausgabe im Verwaltungshaushalt 2004**
hier: Hst. 1.7000/510000.6 'Unterhaltung der Kanalisation'
Vorlage: VO/0699/2004
- zu 17.2 **Jahresbericht Gebäudemanagement**
Vorlage: VO/0834/2004

Damit ist die Tagesordnung erschöpft. Der Stadtverordnetenvorsteher schließt die Sitzung um 23:30 Uhr.

Löwer
Stadtverordnetenvorsteher

Dr. Weinbach
Vorsitzende
der SPD-Fraktion

Oppermann
Vorsitzende
der CDU-Fraktion

Wagner
Protokoll und
Geschäftsstelle